Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4. — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt.— Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 40 München / 4. Jahrgang 5. Oktober 1917

Nam et hic Dii sunt!

Mit dem obigen Zitat schließt ein Aufsatz des Geh. Justizrats Dr. Eugen Fuchs in Heft 22 der „Neuen jüdischen Monatshefte". Ein Vergleich dieses Aufsatzes mit einem solchen von Kurt Blumenfeld im Februarheft des „Juden" ergibt einen guten Überblick über Pol und Gegenpol im heutigen deutschen Judentum.

Während beide Autoren die deutschen Juden einteilen in eine Gruppe, die sich als Angehörige der jüdischen Nation und eine solche, die sich als jüdischen Stamm des deutschen Volkes betrachtet, steht Blumenfeld unbedingt im Lager der jüdischen Nationalisten, Fuchs in dem der deutschen Judenstämmlinge. Dabei betont Fuchs stärker als Blumenfeld die Zusammengehörigkeit der Juden als Religionsgemeinschaft. In einem anderen Punkte jedoch gehen die beiden Autoren von verschiedenen Auffassungen aus:

Blumenfeld scheidet die deutschen Juden in Zionisten und Assimilanten, d. h. solche die sich um die Förderung des Judentums und solche, die sich um Verständigung mit der nichtjüdischen Umwelt bemühen. Als Arbeiter am Judentum erkennt er nur die Zionisten an, während beim Nichtzionisten das Bemühen um das Judentum hinter dem Streben nach Verständigung mit der Umwelt zurücktritt.

Fuchs dagegen meint, daß die Anpassung an die deutsche Umgebung zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Judentums notwendig sei, und betrachtet unter diesem Gesichtspunkt die jüdischen Nationalisten, die hierin eine Gefahr sehen, als Schädlinge des Judentums.

Das Primäre ist also bei Beiden die Treue zum Judentum (die Bezeichnung der Nichtzionisten als „Assimilanten", in dem Sinne von Menschen die ihr Judentum aufzugeben bestrebt sind, erscheint daher ungerechtfertigt). Es würde sich demnach nicht so sehr um eine Meinungsverschiedenheit über das Ziel selbst als vielmehr um eine solche über den Weg zu diesem Ziele handeln.

Nun gibt es aber Momente, die das klare Bild der Sachlage verschleiern und verwirren: Einmal sind in den Reihen der Nichtzionisten viele, die im Bestreben, ihr Judentum dem Deutschtum mehr und immer mehr anzupassen, das erstere ganz und gar zu Gunsten des letzteren eingebüßt haben und zu denen die Stimme des gemeinsamen Blutes überhaupt nicht mehr spricht, sondern die nur noch in der Bewahrung einiger jüdisch-religiöser Traditionen den Zusammenhang mit den Mitjuden finden.

Andrerseits gibt es unter den Zionisten Leute, die mehr den Willen zum Judentum als eine wirklich jüdische Eigenart besitzen, die daher weniger befähigt sind, an der Erhaltung echten jüdischen Geistes mitzuarbeiten als manche Deutsche jüdischen Stammes. Diese Verschleierung des Gegensatzes zwischen Zionisten und jüdischen Deutschen wird häufig die Diskussion über jüdische Politik erschweren. Sie macht sich auch in den Ausführungen der beiden genannten Autoren bemerkbar. Fuchs hat gewisse Seiten seines jüdischen Gefühls so zurückgedrängt, daß ihm das Verwandtschaftsgefühl für den Nichtjuden die Liebe zu Palästina, die Sehnsucht nach einem Zusammenleben mit andren Juden verloren gegangen ist. Blumenfeld hingegen steht der religiösen jüdischen Gemeinschaft zu fern, um an das Fortleben eines Judentumes, dem die nationale Stütze fehlt, glauben zu können.

Es soll hier nicht versucht werden, die logische Begründung des jüdisch-nationalen und des deutsch-nationalen Standpunktes gegeneinander abzuwägen, schon deswegen nicht, weil es dabei mit Logik allein nicht getan ist. Geheimrat Fuchs selbst verlegt die Angehörigkeit zur einen oder zur andren Nationalität in die Sphäre des Willens, indem er sagt: „Für sie (die Zionisten) ist die Nationsfrage nicht eine Frage des Seins, sondern des Willens. Sie wollen nationaljüdisch, nicht nationaldeutsch sein... Ich will nicht nationaljüdisch sein." Gegen diese Erklärung läßt sich nichts einwenden, vorausgesetzt, daß man zugibt, daß man nicht nur bei den Zionisten das Bekenntnis zur jüdischen Nationalität, sondern auch bei den Nichtzionisten das Bekenntnis zur deutschen Nationalität als eine Äußerung ihres eigenen freien Willens gelten läßt.

Ist das ganze Problem der Entscheidung des Einzelnen überlassen, so fragt es sich, welche der beiden Anschauungen sich in der Praxis als wirksamer erweist. Und da sehen wir nicht allein, daß der noch junge nationaljüdische Gedanke in von Jahr zu Jahr steigendem Maße in den Herzen der Jugend Wurzel faßt, sondern auch, daß er seine Anhänger zu einer so intensiven, ja inbrünstigen Beschäftigung mit dem Judentum führt, wie sie heute bei kaum einer einzigen anderen Gruppe von Juden besteht. In der diesjährigen Hauptversammlung des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ist mehrfach darüber geklagt worden, daß die nichtzionistische Judenheit Deutschlands nur im Verborgenen blühe, während die Welt mehr vom Zionismus erfährt. Diese Erscheinung wurde mit der „geschickten Propaganda" der Zionisten erklärt. Aber da muß man sich doch fragen: was ist die Triebkraft dieser Propaganda? Ist es nicht

die Leidenschaft im Herzen der Zionisten, die so voll von ihrer Idee sind, daß sie davon reden müssen? Und ist nicht das Stummsein auf der andren Seite aus dem Mangel eines ebenso tiefen inneren Erlebnisses zu erklären?

Diese Erwägung aber muß zu der weiteren Erkenntnis führen, daß das Ideal des Nationaljudentums die Herzen und Geister der Juden stärker befruchtet als das — wie soll ich es nennen? — deutsch-jüdische Ideal. Aber gibt es denn etwas derartiges? Es müßte wohl eine Synthese von Deutschtum und Judentum sein, und ich habe mich bemüht, aus den Reden, die auf der Zentralvereinssitzung gehalten wurden, deren Wesen zu erkennen. Das ist mir nicht gelungen. Ich traf wohl auf Sätze wie die folgenden: „Die Grundsätze des Zentralvereins sind dasjenige, was man von jedem deutschen Juden verlangen kann“ oder „Der Zentralverein muß dafür sorgen, daß dem Mehr an Judenhaß begegnet wird durch ein Mehr an Organisation, an Arbeit, an Zukunftsglauben“, aber eine Definition des deutsch-jüdischen Ideals fand ich nirgends.

Vielleicht ergibt sich aus diesem Mangel die folgende überraschende Erscheinung: wie Blumenfeld schon in seinem Aufsatz ausführte, regt sich heute auch in den Reihen der Deutschen jüdischen Stammes eine tiefe Sehnsucht nach Anfüllung ihres Lebens mit stärkerem jüdischen Inhalt, die sich in regerer Arbeit an der Jugenderziehung, der sozialen Hilfe, der Fürsorge für Juden anderer Länder äußert. Und nun zeigt es sich, daß diese Organisationen und Arbeiten, die in einen ausgesprochenen Gegensatz zu den zionistischen gestellt werden, Schlagworte gebrauchen und mit Begriffen operieren, die sie von — den Zionisten gelernt haben, also ganz offenbar — zionistisch infiziert sind. Die Zionisten denken nicht daran, dies zu bedauern, denn ihr Streben ist ja nicht, eine starke Partei zu bilden, sondern das Judentum zu fördern. Alles was zur Stärkung des Judentums geschieht, kann ihnen nur erwünscht sein, umsomehr, als die Not des Judentums zu so riesenhafter Höhe angewachsen ist, daß sie alle jüdischen Kräfte zu ihrer Linderung aufruft.

In Anbetracht dieser dringenden Judennot aber, in Anbetracht der auf beiden Seiten bestehenden Sehnsucht nach mehr Judentum und der dennoch bestehenden Schwierigkeit, die nationale Anschauung des zionistischen Poles mit der des deutsch-nationalen Gegenpoles zu vereinen, sollte man wohl diesen Weg wählen: getrennt marschieren und vereint schlagen! „Introite!“ ruft Geheimrat Fuchs im Namen des Zentralvereins den Zionisten zu. Lassen wir das „introite!“ beiseite, aber lassen wir die beiden Lager sich verbünden zu gemeinsamer Arbeit für das Judentum in Deutschland und jenseits seiner Grenzen.

Für die fortwährende Abgrenzung logischer Begriffe ist die Zeit nicht geeignet. Ausschlaggebend ist heute der Wille zum Fortbestand des Judentums, und ein Aufsatz wie der von Geheimrat Fuchs lehrt, daß dieser auch bei Persönlichkeiten im nicht-nationalen jüdischen Lager lebendig ist.

Also: „Nam et hic Dii sunt!“

Die Vorkonferenz für den jüdischen Kongreß in Rußland.

Am 18./31. August versammelten sich in Petersburg die Vertreter aller politischen und gesellschaftlichen jüdischen Organisationen der Residenzstädte, sowie einer Anzahl bedeutender Provinzstädte zu einer Beratung über das Programm des einzuberufenden Kongresses aller Juden Rußlands. Die Konferenz dauerte vier Tage An den lands. Die Konferenz dauerte vier Tage. An den Beratungen nahmen 60 Delegierte teil. Die Begrüßung erfolgte durch den Vorsitzenden des Organisationskomitees Herrn M. Kreinin.

Es entspann sich eine Debatte über die Frage, ob die Konferenz das Programm des zukünftigen Kongresses jetzt schon festsetzen soll. Die Vertreter der „Poale Zion“ und des „Bundes“ verlangten, daß das Programm offen gelassen werde. Die Konferenz beschloß jedoch mit einer überwiegenden Mehrheit, das Programm jetzt schon auszuarbeiten und festzusetzen, worauf „Poale Zion“ und „Bund“ erklärten, in diesem Falle das Programm nicht als für sie bindend anerkennen zu können. Der Vorsitzende, Herr Kreinin, schlug darauf folgendes Programm vor:

1. Die Ausarbeitung der Grundsätze und des Rahmens der nationalen Selbstverwaltung der Juden in Rußland.
2. Die Festsetzung der Formen der Garantien für die Rechte der jüdischen nationalen Minderheit.
3. Die Festsetzung der Übergangsformen der Gemeinde-Organisation der russischen Judenheit.
4. Die Frage der Gleichberechtigung der Juden in anderen Ländern (Polen, Palästina, Rumänien usw.).

Der Vertreter des „Bundes“, Herr Rafes, der erst vor kurzem in den nationalen Ausschuß (Rada) der Ukraina gewählt wurde, protestierte scharf gegen den Punkt 4, der Palästina einschließt; seine Partei wünsche, daß die Palästina-Frage nicht auf die Tagesordnung des Kongresses komme. Er sei auch gegen weitgehende nationale Forderungen für die Juden in Rußland. Der „Bund“ sei gegen eine breite jüdische Selbstverwaltung, in deren Kompetenz z. B. auch die Frage der ökonomischen Hilfe oder die Fürsorge für die hygienische Reform der jüdischen Massen hineingehören sollte. In der Schaffung von Volksorganen auf derartig breiter Basis erblicke der „Bund“ den Versuch einer nationalistischen Politik. Die jüdische Autonomie dürfe nicht den Rahmen kultureller Interessen überschreiten. Das russische Judentum habe jetzt nur die Aufgabe, die Eroberung

(Fortsetzung auf Seite 436.)


Kriegs
Anleihe
Zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens
werden die gewaltigen Ergebnisse der Kriegs-Anleihen
ebenso in die Wagschale fallen, wie unsere durch
das Schwert errungenen großen Erfolge ---
Darum zeichne!

der Revolution zu festigen. Die gesamten Energien der jüdischen Volksmassen müssen nach dieser Richtung hin verwendet werden. Alle die Utopisten, die in diesem verantwortlichen Moment durch allerlei Träumereien die Köpfe verdunkeln wollen — seien Kontre-Revolutionäre.

Der Vertreter der Zionisten, Redakteur des Petersburger „Tagblatt", Grünbaum, betonte demgegenüber, daß die Konferenz hier das Programm des bevorstehenden Kongresses im ganzen ja doch nicht absolut festsetzen könne. Der Kongreß werde ja ein freier sein und keine beschränkenden Beschlüsse werden vermögen, seine Beschlußfreiheit zu begrenzen. Die Aufgabe der gegenwärtigen Konferenz sei, gewissermaßen nur Überschriften zu geben, und da sei es erforderlich, daß diese Überschriften möglichst breit und umfassend seien, damit sie sämtlichen jüdischen politischen Parteien die Möglichkeit geben, ihre Wünsche und Forderungen vorzubringen. Die Zumutung des „Bundes", ein gesundes Volk solle darauf verzichten, ein bedeutsames Problem, das seine Zukunft angeht, zu behandeln, sei absurd. Das gesamte russische Judentum sei mit seiner ganzen Seele für den endgültigen Sieg der Revolution. Die Erschütterung der Eroberungen der Revolution würde die Zerstörung der nationalen Freiheiten für die Völker Rußlands bedeuten. Die Versuche mancher Demagogen, den Zionisten kontrarevolutionäre Absichten zuzuschieben, machen einen jämmerlichen Eindruck, und der Redner verzichte darauf, auf diese Beschuldigungen einzugehen. Inbezug auf das jüdische Leben treibe der „Bund" eine Verzichtpolitik und strebe nach Beschränkung der nationalen Betätigung. Diese Bemühungen des Bundes seien aber völlig vergebens. Das russische Judentum werde sich gegen eine ausschließlich kulturelle Autonomie aussprechen. Dem Kongreß der russischen Juden falle die Aufgabe zu, die das seinerzeit von Napoleon ins Leben gerufene Synhedrion erfüllen sollte und leider nicht erfüllt hat. In einer Zeit, in der alle Nationen ihre Forderungen aufstellen, wäre es eine historische Schande, wenn das jüdische Volk eine Verzicht- und Schweigepolitik proklamierte. Das, was der Vorredner Träumereien nannte, waren messianische Träumereien, die die Seele unseres ganzen Volkes Jahrtausende hindurch erfüllt haben, das sind jene Träumereien, die gegenwärtig in dem politischen Zionismus ihren Ausdruck finden, das sind jene Träumereien, auf denen kleine und große Nationen ihre Existenz aufbauen und für die sie einen Kampf auf Leben und Tod führen.

Der Vertreter der „Volksgruppe", Herr Sliosberg, erklärt, daß der Punkt 4 jetzt die Grundlage bilde, auf der die ganze Judenheit sich einigen müsse. Nach der Befreiung der russischen Juden sei es heiligste Pflicht, den Kampf für die Befreiung der noch rechtlos gebliebenen Juden fortzusetzen. Die Ausschaltung Palästinas vom Programm des Kongresses wäre ein unberechtigter Eingriff in dessen Rechte.

Rabbiner Hellmann aus Jekaterinoslaw tritt in einer längeren Rede für ein weitgehendes Programm der jüdischen Autonomie ein. Irrtümlicherweise bestehe in weiten Kreisen die Ansicht, die Frage der jüdischen Autonomie sei erst in den letzten Jahren aufgetaucht. Der Anspruch auf jüdisch-nationale Autonomie bestehe bereits seit Jahrhunderten und stets habe das Judentum dafür gekämpft. Die Forderung der Ausschaltung Palästinas vom Programm eines jüdischen Kongresses sei eine unaufrichtige, erkünstelte, die den breiten Massen des jüdischen Volkes ganz unverständlich ist.

Der Zionist Goldstein weist das Ansinnen der Vertreter des Bundes mit Entschiedenheit zurück. Er erklärt, daß die Zionisten kein Ultimatum stellen, wie es die Bundisten tun. Selbst wenn die Konferenz beschließen würde, Palästina ganz auszuschalten, werden die Zionisten sich an dem Kongreß beteiligen. Die Zionisten seien überzeugt davon, daß der Kongreß in seiner überwiegenden Mehrheit die Palästina-Forderung annehmen werde.

Die Rede des Herrn Goldstein machte auf die Konferenz einen tiefen Eindruck. Es kamen noch eine ganze Anzahl von Rednern aus allen politischen Parteien zu Wort, die sämtlich verlangten, daß ein modus vivendi gefunden werde, damit der bevorstehende Kongreß die gesamte russische Judenheit vertrete.

Nach zweitägigen Verhandlungen kam abends um zehn Uhr eine Delegation, bestehend aus den Herren Kreinin, Sliosberg, Lazki-Bartholdy und Rabbiner Hellmann in das Fraktionszimmer der Zionisten. Die Delegation erklärte, daß eine Beratung sämtlicher nichtzionistischer Vertreter sich auf folgendes Programm geeinigt habe:

In das Programm des Kongresses wird die Frage der Garantie der bürgerlichen und nationalen Rechte der Juden aufgenommen:

a) im nunmehr als unabhängig erklärten Polen,
b) in Palästina,
c) in Rumänien.

Die Delegation wies auf die große Bedeutung der Konzession hin, die in diesem Punkte von Seiten der Bundisten gemacht werde, die ihre gestrigen Ultimaten zurückgenommen hätten, und richtete an die Zionisten die dringende Bitte, diese Redaktion zu akkzeptieren. Die Herren Sliosberg und Kreinin fügten hinzu, daß Polen deswegen an erster Stelle genannt sei, weil die russische Judenheit die polnischen Juden noch als einen untrennbaren Teil der russischen Judenheit betrachte. In

nächster Folge komme Palästina als der wichtigste Punkt. Auf diese Weise sei den Zionisten die Möglichkeit gegeben, bei dem bevorstehenden Kongreß ihren Standpunkt ausführlich auseinanderzusetzen.

Nach einer kurzen Beratung erklärten die Zionisten ihre Zustimmung zu der vorgeschlagenen Fassung.

In der Plenarsitzung, die 11 Uhr abends begann, verlas der Vorsitzende die einheitlich akzeptierte Fassung des vierten Punktes. Die Versammlung, in der eine sehr gehobene Stimmung herrschte, begrüßte die Mitteilung mit lebhaftem Beifall.

Namens der Zionisten erklärte Grünbaum, daß die Zionisten ungeachtet ihrer Sicherheit, auf dem Kongreß eine große Mehrheit hinter sich zu haben, diese Redaktion akzeptiert haben; die Einigung sei eine historisch bedeutsame Tatsache. Es sei das erstemal, daß sich das gesamte russische Judentum einheitlich ohne Spaltung auf den Boden der nationalen Arbeit stelle.

Namens des Bundes erklärt Rafes, die Annahme der Fassung betrachte seine Partei als ein Übel, aber als ein notwendiges unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo es darauf ankomme, an den Aufbau des jüdischen Lebens heranzutreten.

In den folgenden Sitzungen gelangte das Programm der finanziellen Organisierung des Kongresses zur Verhandlung.

Der Referent der Finanzkommission berichtet, daß laut einem Voranschlage des Organisations-Komitees die Abhaltung des Kongresses Ausgaben in Höhe von zirka einer halben Million Rubel erfordern würde. Dieses Budget solle in folgender Weise gedeckt werden: Die jüdische Bevölkerung in Petersburg und Moskau je 75 000 Rubel; Kiew und Charkow je 40 000 Rubel; Odessa, Jekaterinoslaw und Baku je 20 000 Rubel; Sibirien 15 000; das Wolgagebiet 10 000; Minsk 10 000; die anderen Provinzstädte 100 000 Rubel.

Es wurde beschlossen, den Kongreß in einer der zwei russischen Residenzstädte zur Zeit der Tagung der russischen Konstituante abzuhalten. Die Wahlen zum Kongreß müssen zwei Wochen nach Eröffnung der Konstituante stattfinden.

Die Wahlen in das große Organisations-Komitee für den Kongreß riefen lebhafte Debatten hervor. Schließlich wurde eine gemeinsame Liste in folgender Zusammenstellung akzeptiert: 9 Zionisten, 3 Poale-Zion, 4 Vertreter der geeinigten sozialistischen Parteien, 3 Volkspartei, 5 Bundisten, 4 orthodoxe Gruppe, 2 Volksgruppe, 2 demokratische Gruppe, 2 Nationalpartei (Dubnowisten). In das Organisations-Komitee wurden außerdem folgende unparteiische Vertreter gewählt: Grusenberg, Braude, Kreinin, Ansky und der Deputierte Friedmann.

Nach einer warmen Schlußansprache des präsidierenden Herrn Jakubsohn fand die feierliche Schließung der Konferenz statt.

Die deutsche Orthodoxie in Polen.

In einer Reihe von Artikeln hat die „Jüdische Rundschau" das Treiben der von der jüdischen Orthodoxie in Deutschland nach Polen entsandten Rabbiner Dr. P. Kohn und Seminardirektor Dr. Carlebach gegeißelt, die ihre Stellung und ihren Einfluß benutzten, um die mächtig aufstrebende zionistische Bewegung in Polen mit allen Mitteln zu bekämpfen. Ihre ohnmächtige Wut über die Erfolge des Zionismus ging so weit, daß sie, als die zionistische Organisation das jüdische Volk in Polen aufrief, durch ein Plebiszit seine Palästina-Hoffnungen zu bekunden, im Bunde mit drei chassidischen Rabbinern alle Teilnehmer an dieser Volksabstimmung mit dem Bann bedrohten, ohne dadurch freilich eine sonderliche Wirkung zu erzielen. Unglaubliches aber leistet sich das Organ dieser Herren, das „Jüdische Wort" in Warschau in seinem Kampfe gegen den Zionismus.

Die Geschichte des Antizionismus in allen Erdteilen der Welt hat gewiß schon manche eigenartigen Blüten hervorgebracht, über die die Geschichte einstmals ihr vernichtendes Urteil sprechen wird. Dem „Jüdischen Wort" aber ist es gelungen, allen diesen Erzeugnissen eines ohnmächtigen Hasses neuen Stoff hinzuzufügen. In diesem Kampf scheut sich das „Jüdische Wort" nicht, auf die schlechtesten Instinkte seiner Leser zu pochen.

Nicht anders kann es gedeutet werden, wenn das „Jüdische Wort" in einer Reihe von Artikeln gegen die Zionisten und gegen die zionistische Organisation den Vorwurf der Unterstützung christlich-missionarischer Bestrebungen erhebt. Man traut seinen Augen nicht, wenn man etwa in Nr. 104 des „Jüdischen Wortes" liest, daß die zionistischen Führer Juden seien, „die auf der einen Seite der Wand das Magen-David, auf der anderen das Christuskreuz, auf der einen Seite die blauweiße Fahne und auf der anderen ein Kruzifix haben."

Wie anders soll man urteilen, wenn man verfolgt, wie das „Jüdische Wort" fast tagtäglich, ohne Unterlaß, nun schon seit mehreren Monaten die zionistische Organisation der nutzlosen Verprassung der ihr anvertrauten Gelder zeiht und sie bezichtigt, sie würde durch heimliche Manipulationen die für bestimmte Zwecke gesammelten Summen unkontrollierbar verschwinden lassen? Wir zitieren im folgenden aus beliebig und zufällig herausgegriffenen Nummern des „Jüdischen Wortes" (die Zahl läßt sich leicht verzehnfachen) einige Stellen:

„Jüdisches Wort" Nr. 104: „Die mit gutem Geld bezahlten (zionistischen) Rädelsführer, die sich auf Kosten der Öffentlichkeit füttern und von den bei den naiven, arglosen Juden zusammengeschnorrten Groschen einen guten Tag leben . . . ."

„Jüdisches Wort“ Nr. 111: „Die gleichen Ideen haben auch andere offiziöse zionistische Organe gepredigt, die von den Schekeln, wie sie sie nennen, erhalten wurden und werden, welche der einfache Jude gern gibt, im Glauben, daß man für seine schwer erarbeiteten paar Gulden in unserem heiligen Lande Boden kauft und ihn den jüdischen Bauern zur Bearbeitung gibt, damit er dadurch seinen Unterhalt finde.“

„Jüdisches Wort“ Nr. 117: „Und die Schekel? Ha, glaubt ihr vielleicht, daß die Schekel zum Besten der Kolonisation und unseres heiligen Landes verwendet werden?

Wenn Ihr das meint, so täuscht Ihr euch sehr! Die Schekel werden zur „Vorbereitung des Volkes“, wie sie es nennen, verwendet, einfacher gesagt, für Propaganda. Aber wenn nur die Propaganda zum Besten Zions geführt würde! Man sieht aber doch deutlich, daß dies in keiner Weise der Fall ist . . . Wenn in Palästina wirklich etwas geschaffen wurde — und daran ist kein Zweifel —, so ist das nicht dank dem Zionismus, sondern trotz allen zionistischen Waads mit den Farbsteins an der Spitze geschehen.“

„Jüdisches Wort“ Nr. 127: „Die zionistische Organisation hat alle ihre Gelder für ganze Stäbe von Beamten ausgegeben, für „diplomatische“ kleine Reisen, bei denen man sich nur lächerlich gemacht hat, und was die berühmte Bank anbelangt, so hat man große Summen in Unternehmungen vertan, die mit Palästina nichts zu tun haben..., nur weil der frühere Inhaber dieser schlechten Geschäfte einfach Protektion beim Aktionskomitee hatte, das einen guten Kaufpreis bezahlte.“

„Jüdisches Wort“ Nr. 147: „Ohne Zweifel haben es die einen oder anderen (zionistischen) Führer mit ihrer Beschäftigung gewiß ernst gemeint, aber das Lumpengesindel der Angestellten, alle die Beamten — die meisten von ihnen haben die zionistische Organisation bestimmt als die melkbare Kuh betrachtet, bei der man feine Posten und gute Pensionen erhält.“

„Jüdsches Wort“ Nr .147: „. . . . und als die Kolonialbank in London, die bis zu jener Zeit in allen vier Enden der Welt Geschäfte gemacht hatte (wobei sie selbstverständlich dicke Summen aus geheimnisvollen Gründen zusetzte . . .), endlich beschlossen hatte, in Palästina die Anglo-Palestine- Abteilung zu eröffnen. . . . arbeitete die ganze „Beamten“-Schar mit allen Mitteln, daß die Arbeit in Palästina nicht getan werde . . ., damit — einfach damit sie, die Beamten, weiter in London und in anderen europäischen Städten sitzen können und gute Pensionen für ihr Nichtstun erhalten.“

„Jüdisches Wort“ Nr. 147: „. . . . und es heißt (!), daß die Zionisten bezüglich der Gelder, die sie für die Notleidenden in Palästina sammeln, behaupten, es seien ihre Organisationsgelder, und daß sie die Absicht haben, davon für ihre Gemeindestubenpolitik zu nehmen.“

Wir haben nur einiges Material aus dem überreichen Stoff ausgewählt. Genügt es nicht, um den Segen und Fortschrittt zu zeigen, den das „Jüdische Wort“ für das polnische Judentum darstellt?

In den letzten Tagen haben die beiden Gründer und Führer der „Agudath-Haorthodoxim“ in Polen, Rabbiner Dr. Kohn und Dr. Carlebach, zu einem eigentümlichen Mittel ihre Zuflucht genommen, um ihre Stellung in Polen, in der sie sich anscheinend sehr unsicher fühlen, zu befestigen. Sie haben es für nötig befunden, sich von einigen Rabbinern der polnischen Provinz ein langatmiges Vertrauensvotum öffentlich aussprechen zu lassen, in welchem nicht nur ihnen für ihre segensreiche Tätigkeit, sondern auch der deutschen Zivilverwaltung der Dank dafür ausgesprochen wird, daß sie diese beiden Rabbiner ausgewählt hat, um sie nach Polen zu entsenden. Die Erklärung enthält zugleich einen Protest gegen die scharfe Kritik, die die jüdischen Parteien an der schädlichen Wirksamkeit der beiden Rabbiner geübt haben.

Der Schutz der nationalen Minderheiten in Polen.

Von Georg Gothein, Mitglied des Reichstags.

Zu der Frage, wie die nationalen Minderheiten in Polen zu behandeln seien, äußert sich der obige Verfasser im „Berl. Tageblatt“ folgendermaßen:

Die schrittweisen Maßnahmen zur Bildung eines selbständigen polnischen Staatswesens lassen die Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten in ihm immer brennender werden. Denn selbst das sogenannte Kongreßpolen ist keineswegs nur von einer polnischen Bevölkerung bewohnt, sondern neben dieser bilden Juden, Deutsche, Litauer und Ukrainer eine stattliche Minderheit, die wachsen würde, wenn man aus militärischen, wirtschaftlichen, Verkehrs- und Verwaltungsgründen das Gebiet des polnischen Staatswesens noch vergrößern würde. Besonders wirtschaftliche Gründe sprechen für eine solche Erweiterung.

Kongreßpolen ist ein dichtbevölkertes Industrieland (110 Einwohner auf den Quadratkilometer gegen 36,3 in Mecklenburg-Strelitz, 76,4 in Hannover), das mit seinem Absatz zu mehr als drei Fünftel auf Innerrußland angewiesen, es deckt seinen Nahrungsmittelbedarf nicht entfernt. Bei der geringwertigen Arbeiterleistung würde seine Einbeziehung in das deutsche oder österreichische Zollgebiet den Ruin des größten Teiles der polnischen Industrie nach sich ziehen; seine Erweiterung durch landwirtschaftliche Gebiete erweist sich daher als notwendig. Auch die Polen wünschen dringend die russischen, früher polnischen Gebiete wieder. So das Gouvernement Kowno und die an Kongreßpolen grenzenden Kreise Troki, Wilna, Lida, Oßmjany und Swenciany des Gouvernements Wilna, ferner die Kreise Grodno, Sokolka, Wolkowisk, Bjelostok und Bjelsk und Teile Wolhyniens. Da dann Kurland — in dem übrigens die Deutschen nur 6% der Bevölkerung

ausmachen — völlig in der Luft schweben würde, würde es am zweckmäßigsten sein, es ebenfalls dem neuzugründenden Staatswesen anzugliedern. In diesem würden dann die Polen nur gerade die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, sofern die Juden als selbständige Nationalität, nicht als Polen angesehen werden.

Da Litauer und Letten keine Slawen sind, ihre Sprache ebenso wie die deutsche mit dem Polnischen nicht die geringste Ähnlichkeit besitzt, würde man freilich Litauen und Kurland die weiteste Selbständigkeit gewähren müssen, sie lediglich durch Personalunion mit Polen verbinden und im übrigen sie nach dem Muster Österreich-Ungarns zu einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet vereinigen. Sie würden davon den Vorteil eines für ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse kaufkräftigen Hinterlandes erhalten, während Polen den Zugang zur See und das Absatzgebiet für seine Industrieprodukte bekommen würde. Aber all diese Gebiete weisen starke nationale Minderheiten auf. Selbst im sogenannten Kongreßpolen machten nach der Volkszählung von 1897 die Polen nur 71,86 Prozent neben 13,16 Prozent Juden, 4,52 Prozent Deutschen, 4 Prozent Litauern, 3,6 Ukrainern und 3,14 Prozent Weiß- und Großrussen aus. Inzwischen ist der Anteil der jüdischen Bevölkerung infolge ihrer Vertreibung aus Innerrußland nach den Westprovinzen wesentlich größer geworden — man schätzt ihn auf rund 17 Prozent —; der der Polen entsprechend zurückgegangen. Das zukünftige polnische Staatswesen ist demnach kein spezifisch nationalpolnisches, und in einem national so stark gemischten Gebiet lassen sich gesunde Verhältnisse nur schaffen, wenn man jeder Nationalität die Pflege ihrer Kulturaufgaben durch ihre Zusammenfassung zu Nationsgemeinschaften mit dem Recht der Besteuerung ihrer Nationsgenossen überträgt und die Wahlkämpfe der Nationalitäten durch nationale Wahlkurien und Verhältniswahl ausschaltet. Die Orientierung der Parteien würde sich dann nach politischen statt nach nationalen Gesichtspunkten vollziehen.

Im spezifischen Nationalitätenstaat Österreich, hat sich freilich diese Hoffnung nicht erfüllt, weil man die Kosten für die Pflege der nationalen Kulturgüter der politischen Gemeinde bezw. dem Land auferlegt, und damit den Kampf um die Schule in die politischen Körperschaften getragen hat. Dadurch erfolgt die Orientierung in Gemeinden, Landtagen, Reichsrat nach nationalen Gesichtspunkten, wurde der Kampf der Nationalitäten in ihnen verschärft.

Um das zu vermeiden, gilt es, den nationalen Rechten die nationale Pflicht gegenüberzustellen, die Mittel für die Pflege der nationalen Kulturgüter selbst aufzubringen.

Eine vielumstrittene Frage ist dabei nun die, ob die polnischen Juden als Polen oder als jüdische Nationalität anzusehen sind. Die in Polen lebenden jüdischen Intellektuellen, welche sich Assimilatoren nennen, und die nationalistischen Polen selbst verlangen, daß die Juden sich den Polen national assimilieren. In Deutschland, wie überhaupt in West- und Mitteleuropa ist es selbstverständlich, daß die Juden nur Deutsche, Franzosen, Engländer, Spanier, Niederländer usw. jüdischer Religion sind. Sie würden es mit vollem Recht als eine schwere Kränkung betrachten, wenn man sie nicht als vollblütige Nationszugehörige ansehen wollte. In Polen aber — wie im ganzen Osten — sind sie eine besondere jüdische Nationalität, von den sie umgebenden Völkern durch Stammesart, Sprache und Kultur verschieden. Sie sprechen (bis auf 3,1 Prozent) nicht polnisch als Muttersprache, sondern jidisch; einen verderbten, mit 5 Prozent hebräischen und wenigen polnischen Worten versetzten, alten oberdeutschen Dialekt, der vom heutigen Hochdeutsch beträchtlich abweicht. Sie fühlen sich nicht als Deutsche, so wenig wie die Holländer, deren Sprache schließlich auch ein deutscher Dialekt ist. Sie schreiben das Jidisch nicht mit deutschen, sondern mit hebräischen Buchstaben. Ihre Zeitungen und Bücher sind in diesen gedruckt.

Die Assimilatoren meinen, unter einer demokratischen Verfassung würden die Gegensätze ebenso rasch verschwinden, wie in den vormals polnischen Landesteilen Preußens, wo die Juden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts genau auf derselben Sprach- und Kulturstufe gestanden haben, wie heute in Polen und Litauen.

Dabei übersehen sie, daß das Jidisch als deutscher Dialekt sich bei deutscher Schule und im täglichen Verkehr mit deutschen Behörden und deutscher Bevölkerung mit Naturnotwendigkeit zum Hochdeutschen umbilden mußte. Würde Polen in Preußen einverleibt, so würde sich zweifellos — wenn auch wesentlich langsamer — derselbe Prozeß vollziehen. Die Juden haben auch in den ganz überwiegend polnischen Gegenden der deutschen Ostmarken, ebenso in Galizien und der Bukowina ihre jidische Muttersprache nicht mit der polnischen oder ukrainischen vertauscht, denn hier handelte es sich um völlig verschiedene Idiome. Es ist ein hoffnungsloses Beginnen, einem Volke die Muttersprache durch eine andere ersetzen zu wollen. Das ist weder bei unseren polnisch, noch bei den dänisch, noch bei unseren französisch sprechenden Mitbürgern gelungen. Und die Muttersprache ist entscheidend für die Nationalität. Man kann die polnischen Juden wohl zwingen, in der Schule polnisch zu lernen, mit den Behörden polnisch zu verkehren, aber des-

wegen bleiben sie doch ihrer Muttersprache treu. Und sollen wir in einer Zeit, wo wir unsere Germanisationsmaßnahmen den deutschen Polen gegenüber als verfehlt einer gründlichen Revision unterziehen, den polnischen Juden zumuten, Nationalpolen zu werden! Das ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt. Und in der Politik entscheidet nicht das Wollen, sondern sie ist die Kunst des Möglichen.

Aber selbst die Assimilatoren verlangten, wenigstens noch vor kurzem, die Erziehung und kulturelle Entwicklung der jüdischen Jugend auf Grund der sprachlichen Selbstbestimmung und auf Grund der Matrikulierung der jüdischen Bevölkerung. Wie soll die Assimilierung aber erfolgen, wenn die Unterrichtssprache jidisch ist!

Wenn das Mitglied des polnischen Staatsrats, Graf Adam Ronikier, gemeint hat, er glaube, es werde möglich sein, den Wünschen der Juden entgegenzukommen, so daß religiöse Empfindung geachtet und Vorsorge getroffen werden solle, daß die das Jidische sprechenden polnischen Glaubensgenossen ohne Härte dem allgemeinen Schulsystem eingefügt werden, so kann man sich kaum diplomatischer ausdrücken und Hoffnungen mit Worten erregen, die zu nichts verpflichten. Und hinsichtlich der Sonntagsruhe der Juden in Polen ist er überzeugt, daß sich Festsetzungen werden treffen lassen, die die christliche Empfindung zuläßt, ohne doch die jüdischen Glaubensgenossen zu schädigen.

Für die Juden in Polen ist es eine Lebensfrage, am Sonntag in Fabriken zu arbeiten; das massenhafte jüdische Proletariat muß immer mehr verelenden, wenn es die Heimarbeit — überall das schmalste Brot — nicht mit der Fabrikarbeit vertauschen kann. Dazu aber muß es am Sonntag arbeiten dürfen. Die dortige Gewerbegesetzgebung muß eben entsprechende Rücksicht auf sie nehmen. Sie kann das um so eher, als die Juden in den Städten zusammengedrängt leben — selbst in der polnischsten aller Städte, in Warschau, machen sie 40 Prozent aus.

Da genügen unverbindliche, zweideutige Wendungen, wie die des Grafen Ronikier nicht; da braucht man Rechtsgarantien, die unverrückbar festgelegt werden müssen, bevor man dem neu zu bildenden Staatswesen die innere Ordnung seiner Geschicke überläßt. Sonst steht zu befürchten, daß die Rechte der nationalen Minderheiten mißachtet werden. Haben wir etwa Polen vom russischen Joch befreit, damit die Lage der darin lebenden Deutschen, Juden, Litauer verschlechtert wird?

Wie der Westfälische Friede eine, wenn auch noch unvollkommene Lösung des Verhältnisses von Staat und Religion und damit einen Fortschritt im Sinne der religiösen Duldung brachte, so muß der Friede, mit dem dieser Weltkrieg abgeschlossen wird, die staatsrechtliche Lösung des Nationalitätenproblems bringen. Die ist nicht möglich auf dem Wege der Bildung rein nationaler Staatswesen, denn die verschiedenen Nationalitäten wohnen gemischt untereinander, und die staatlichen Aufgaben lassen sich nicht an die ethnographischen Grenzen binden, sondern nur durch die Sicherung der Rechte der nationalen Minderheiten bezüglich der Pflege ihrer nationalen Kulturgüter. Von einer weitergehenden nationalen Autonomie, die den Bestand eines Staatswesens gefährdet, ist nicht die Rede.

Auch heute ist es noch nicht zu spät dazu. Eventuell wird es im Frieden geschehen müssen, der ja nicht ein von den polnischen Aktivisten diktierter sein wird. Er muß den Schutz der nationalen Minderheiten bringen — und die Juden sind selbst in Polen nur eine derselben. Man kann diesen Schutz, wenn er erst in unverrückbaren Paragraphen festgelegt ist, ruhig dem Haager internationalen Gerichtshof übertragen. Auf die deutschen Bajonette will auch ich ihn nicht gestellt wissen.

Wenn demgegenüber eingewendet wird, gewähre man den Deutschen und Juden in Kongreßpolen die Autonomie, so könnten die Polen Galiziens ihren Ruthenen und ihren zahlreichen Juden sie auch nicht verweigern, und wenn die Autonomie der Juden und der Deutschen in Kongreßpolen unter deutschen Schutz gestellt würde, wie könne man sie dann den Polen in Posen, in Westpreußen und in Oberschlesien erweigern? Es handelt sich aber gar nicht um politische Autonomie, sondern um selbständige Pflege nationaler Kulturgüter, die in Siebenbürgen seit Jahrhunderten in der Form der deutschen „Nationsuniversität“ voll erfolgt. Sie hat dort keineswegs gehindert, daß die Deutschen gute ungarische Staatsbürger sind, im Gegenteil, gerade von den Ungarn werden sie als solche geschätzt. Die Juden wählen freilich auch in Galizien und in der Bukowina nicht in gesonderter nationaler Kurie. Aber der Verfassungsentwurf der zuständigen Landtage hatte sie vorgesehen, und erst die Regierung hatte sie aus verfehlten theoretischen Bedenken herausgestrichen Und sind etwa dort die Juden, die dieselben Freiheiten wie die Polen genießen, Polen geworden? Nein, sie sind ebenso Nationaljuden und sprechen ebenso jidisch wie ihre Stammes- und Glaubensgenossen in Polen. Auch ich verlange, daß jede nationale Minderheit die Reichssprache des Landes erlernt, in dem sie lebt. Das liegt ebenso in ihrem eigenen wie im allgemeinen Staatsinteresse. Auch wenn man in den deutschen Ostmarken die Polen zu Nationsgemeinschaften zusammenfassen würde, die auf ihre Kosten ihre polnischen Schulen zu unterhalten hätten, müßten sie in diesen Deutsch lernen, ebenso wie Deutsche, Juden, Litauer, Ruthenen in Polen Polnisch lernen müßten. Und für unsere national gemischten Ost- und Nordmarken würde es sich zur Verhütung der die Gegensätze verschärfenden, nationalen Wahlkämpfe dringend empfehlen, die nationalen Minderheiten in geson-

derten Wahlkurien zusammenzufassen. Vielleicht würde bei uns dafür schon das System der Verhältniswahl die gleichen Dienste leisten, wie nationale Wahlkataster.

Im Rahmen dieses Artikels lassen sich die schwierigen Einzelheiten des polnischen Problems nicht erörtern, zumal die Papiernot die größte Beschränkung erfordert. Wer tiefer in sie eindringen will, möge zu meiner freilich schon lange vor der russischen Revolution erschienenen Schrift: „Das selbständige Polen als Nationalstaat“, Stuttgart-Berlin, Deutsche Verlagsanstalt greifen. Nach Schema F des Nationalstaats lassen sie sich nicht lösen. Rußland wird nach der Revolution darauf bedacht sein, die Rechte und Freiheiten seiner „Fremdvölker“ zu schützen, damit aber auf die nationalen Minderheiten in Polen verführerisch wirken. Soll Polen Bestand haben, so muß es diese zu guten Staatsbürgern erziehen; nicht durch Zwang, der bewirkt das Gegenteil, sondern durch Förderung in der Entwicklung ihrer nationalen Eigenart.

Wie die amerikanischen Hilfsfonds in Palästina verteilt werden.

Herr Felix M. Warburg, Vorsitzender des „Vereinigten Verteilungskomitees, hat kürzlich von dem früheren amerikanischen Konsul in Jerusalem, Otis A. Glazebrook, den ersten ausführlichen Bericht darüber bekommen, wie die Gesamtsumme von 688 838.23 Doll. die das Joint Distribution Committee nach Palästina überwiesen hat, ausgegeben worden ist.

64 000 Personnen mußten vollkommen aus den Hilfsgeldern unterhalten werden.

Am 31. Juli 1916 war der Minimal-Betrag, der dazu gehörte, einen Menschen vor dem Hungertode zu bewahren, 1 $ monatlich, d. h. eine Summe von 64 000 $ insgesamt. Heute dagegen, durch die zunehmende Teuerung und Lebensmittelknappheit, können diese Zahlen bedeutend vervielfacht werden.

Die Hilfe in Jerusalem wurde in verschiedenen Formen geleistet. Den Gesunden suchte man Arbeit zu verschaffen, indem man Arbeitgebern Darlehen gegen Sicherheit gewährte, die sie in den Stand setzten, ihre Arbeitsmöglichkeiten auszunutzen. Besondere Hilfeleistungen gewährte man Kranken und Wöchnerinnen; ein anderes Gebiet der Hilfeleistung war die Subventionierung von Volksküchen, Krankenhäusern usw.; zu den Feiertagen, besonders zu Pessach, wurden Lebensmittel verteilt.

Der Bericht wird in den amerikanisch- jüdischen Kreisen mit großer Befriedigung aufgenommen; diejenigen, die bisher ihre Pflichten gegen Palästina treu erfüllt haben, ohne irgend welche Beweise in Händen zu haben, daß ihre Beiträge in der von ihnen gewünschten Weise verwendet wurden, werden nach diesem nachträglich erstatteten, sehr ausführlichen und von unparteiischer Seite stammenden Rechenschaftsbericht erkennen, daß die amerikanischen Fonds im Sinne der Spender verwaltet werden. Sie werden sich durch den Bericht aber nicht nur davon überzeugen, daß das bisher Geleistete Nutzen gebracht hat, sondern auch die Verpflichtung in sich fühlen, der palästinensischen Judenheit in der schwersten Prüfungszeit weiter treu beizustehen.

Die 20. Jahreskonferenz der amerikanischen Zionisten.

Die 20. Jahreskonferenz der amerikanischen Zionisten wurde am 24. Juni in Baltimore eröffnet. Die Verhandlungen, an denen mehr als 600 Delegierte teilnahmen, dauerten bis zum 28. und wurden von den Juden der Vereinigten Staaten mit größtem Interesse verfolgt.

Unter den Anwesenden waren Oberrichter Louis D. Brandeis, Richter Julian Mack, Richter Hugo Pam, Max Shulman, Frau Joseph Fels, beinahe alle Mitglieder des provisorischen Exekutiv-Komitees, sämtliche Mitglieder des Exekutiv-Komitees der Föderation, das Exekutiv-Komitee der „Hadassah“ usw.

Im Anschluß an das von Herrn M. Scheinkin erstattete Palästina-Referat wurden folgende Palästina-Resolutionen einstimmig angenommen:

„Nachdem die 20. Zionisten-Konferenz in Amerika die Berichte über die vorbereitende Arbeit für eine jüdische Kolonisation in Palästina nach dem Kriege zur Kenntnis genommen hat, erkennt sie die Notwendigkeit der sofortigen Vorbereitung für diese Arbeit an.

Diese Vorbeitungen bestehen 1. in dem Sammeln von Material, 2. in der Ausarbeitung von Projekten und Plänen durch Spezialisten und Fachleute, in der Organisation derer, die nach Palästina zu emigrieren beabsichtigen oder in irgend einer anderen Weise bereit sind an der Kolonisationsarbeit in Palästina teilzunehmen.

Zu diesem Zwecke empfieht die Konferenz dem P. E.-K. 1. eine besondere Abteilung zu schaffen, unter dem Namen „Das Pionier - Departement“, die eine intensive Tätigkeit entfalten soll; 2. für diesen Zweck ein Budget von nicht weniger als £ 5.000 aufzustellen.

Die Konferenz empfiehlt allen Zionisten, die ernstlich an eine Niederlassung in Palästina denken, und die sich an industriellen oder agrikulturellen Unternehmungen zu beteiligen beabsichtigen, oder die gewillt sind, praktische Versuche dort auszuüben, daß sie sich durch das „Pionier-Departement“ eintragen lassen, und daß sie bereits jetzt sich zusammenschließen und so gründlich wie nur möglich für die große Arbeit vorbereiten.“

Ferner wurde beschlossen:

1. Daß jeder Zionist es als seine Pflicht zu betrachten habe, hebräisch zu lernen.
2. Daß lokale Komitees in jeder Stadt zu erwählen seien, die für die Verbreitung der hebräischen Literatur zu sorgen haben.
3. Daß ein Budget von nicht weniger als £ 7.500 der Histadruth zur Verbreitung hebräischer Literatur usw. zur Verfügung gestellt werde.

(Diese Resolution ist dem Exekutiv-Komitee zur Entscheidung überlassen worden.)

Folgende Resolution wurde von der Konferenz dem Provisional Executive Committee zu wohlwollender Entscheidung überwiesen:

„Da die Sorge für die unzähligen jüdischen Waisen nach dem Kriege eines der vitalsten nationalen Probleme des jüdischen Volkes bilden wird, wird beschlossen, daß die Föderation der amerikanischen Zionisten sofort geeignete Mittel finden solle, um sich mit diesem Problem schon jetzt zu befassen.“

Welt-Echo

Die „bevorzugten" Juden. Auf die Anfragen des Reichstagsabgeordneten Dr. Werner-Gießen, die wir in unserer letzten Nummer veröffentlichten, hat der Stellvertreter des Reichskanzlers geantwortet:

„Gemäß der von mir in der Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt am 19. Okt. 1916 gegebenen Zusage habe ich unter dem 19. März 1917 dem Herrn Vorsitzenden des Ausschusses für den Reichshaushalt eine Übersicht über die persönlichen Verhältnisse der bei der Kriegsorganisation tätigen Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer und Angestellten nach Alter, Verwendbarkeit im Heeresdienst und den Bezügen an Aufwandsentschädigung, Gehalt, Pension und dergleichen übersandt. Von einer Ausdehnung der Erhebungen auch auf die Konfession ist, wie ich dem Herrn Vorsitzenden des Ausschusses bei der Übersendung mitgeteilt habe, aus grundsätzlichen Erwägungen Abstand genommen worden."

„Eine Bevorzugung von Juden bei Kriegsgesellschaften findet nicht statt. Begründete Beschwerden über das Verhalten jüdischer Beauftragter der Kriegsgesellschaften im neutralen Ausland sind der Reichsleitung nicht bekannt geworden. Eine Stellungnahme zu solchen Beschwerden und gegebenenfalls eine Abhilfe ist nur möglich, wenn bestimmte Einzelfälle namhaft gemacht werden."

Schließlich hat der Stellvertreter des Reichskanzlers noch auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Werner-Gießen geantwortet, daß ein Verbot des jüdisch-rituellen Schächtens nicht in Aussicht genommen sei.

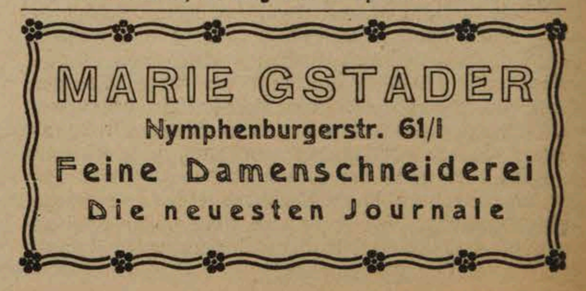
Als ein Kuriosum erwähnen wir, daß die „Deutsche Tageszeitung", die über alle drei Antworten sehr unglücklich ist, hierzu schreibt: „Auch diese Auskunft ist bedauerlich, da das Schächten eine Tierquälerei bedeutet, die in unserem gesitteten Zeitalter nicht mehr vorkommen sollte." Ob wirklich das Schächten des Viehes schlechter zu dem „gesitteten" Zeitalter paßt als das Morden von Millionen Menschen?

System? Im Anschluß an den Aufsatz „Judenfriede" des Herrn v. Gebsattel, über den wir in unserer letzten Nummer berichteten, erhielt der „Vorwärts" eine Zuschrift folgenden Inhalts: „Die symptomatische Bedeutung des von Herrn v. Gebsattel erhobenen Kampfrufes gegen die Juden kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es handelt sich nicht um den willkürlichen Vorstoß eines einzelnen, sondern nur um die Voreiligkeit eines Mannes, der sein Pulver nicht halten kann. Der zweite Vorsitzende der Alldeutschen hat damit vorzeitig einen Plan enthüllt, der längst sorgfältig vorbereitet ist und im geeigneten Augenblick durchgeführt werden soll. Was geplant wird, ist eine Judenhetze größten Stils, zu der längst mit Eifer Material gesammelt wird. Kein Händler mit jüdisch klingendem Namen, der sich gegen die Kriegswucherbestimmungen vergangen hat, ist da vergessen, während natürlich gleichgerichtete Taten der „germanischen" Konkurrenz mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe bedeckt werden. Gewinnen die Kreise, die jetzt „für des Reiches Macht und Herrlichkeit" mit Zunge und Feder kämpfen, die Oberhand, dann wird die jüdische Bevölkerung Deutschlands über den Lohn staunen, der ihr für das Blut, das sie zur Verteidigung des Vaterlandes vergossen hat, zuteil werden wird!"

Der Schriftsteller Dr. Adolf Kohut, der durch zahlreiche Bearbeitungen auf den Gebieten der Literatur, Kulturgeschichte und Musik bekannt geworden, ist im Alter von 69 Jahren in Berlin gestorben. Eines seiner bekanntesten Werke war „Berühmte israelitische Männer und Frauen in der Kulturgeschichte der Menschheit" (Verlag A. H. Payne in Leipzig).

„Entvölkischt". Dieses kerndeutsche Wort ist die Überschrift einer Glosse in der „Staatsbürgerzeitng". Um ganz konseqent zu sein, bekämpft sie in ihrem Kampfe gegen das Judentum die Bibel. Tadelnd berichtet sie, daß der christliche Geistliche Murrow aus Amerika dem jüdischen Hilfsfonds für Palästina 100 Dollar überwies. Die „Staatsbürgerzeitung" sieht in dieser Handlungs-





weise und in diesem Briefe einen weiteren Beweis für die Tatsache, „daß die Germanen durch das Studium der Bibel, namentlich des alten Testaments, schließlich nationaljüdisch fühlen und denken lernen".

Kerenski-Goldfarb. Die Korrespondenz des Zentralvereins der Staatsbürger jüdischen Glaubens schreibt: Alle Welt wußte, oder glaubte, daß Kerenski, das vielgenannte Haupt der russischen Revolutionsregierung der Sohn eines sehr hohen russischen Beamten im Kaukasus ist. Der Forscherblick der „Deutschvölkischen Blätter" aber hat es jetzt herausgefunden, daß — „was noch nicht allenthalben bekannt sein dürfte" wie sie sehr richtig sagten — Kerenski Jude ist und eigentlich Goldfarb heißt." Um nicht undankbar zu sein, wollen wir den Deutschvölkischen Blättern verraten — was auch „nicht allenthalben bekannt sein dürfte" — daß Nero ebenfalls ein Jude war, der eigentlich Nußbaum hieß, der Hunnenkönig Attila hieß eigentlich Abraham, Napoleon Bonaparte aber war erst recht ein Jude und hieß eigentlich Benjamin. Und das alles haben die Juden bisher heimtückisch verschwiegen!

150 jüdische Kadetten wurden in Rußland zu Leutnants ernannt. Zu Ehren der Ernennung fand in der Synagoge ein feierlicher Gottesdienst statt. Die jüdischen Leutnants wurden ermahnt, die Hoffnungen, die man in sie setzt, zu rechtfertigen.

Gründung eines Rabbinerverbandes. Am 5. Sept. ist, wie der „Hajnt" erfährt, ein Rabbinerverband für das Generalgouvernement Warschau gegründet worden. Zweck des Verbandes ist Schutz der Standesinteressen. Mitglied kann jeder offizielle Rabbiner im Generalgouvernement werden. Einmal jährlich findet eine Rabbinerkonferenz statt, die sich mit der religiösen und sozialen Lage der Juden befaßt, ihre Beschlüsse dem Obersten Rat mitteilt, über das Schulwesen und andere kulturelle Fragen Meinungen austauscht.

Jüdischer Nationalfonds. Die Spenden-Einnahmen des JNF ergaben im August den Betrag von M. 222.323. Der Anteil der einzelnen Landessammelstellen ist folgender: Rußland 139 100, Österreich 51 094 (besetztes Gebiet 9246), Deutschland 11 606 (besetztes Gebiet 2748), Nordamerika 6572, Südafrika 4358, Ostasien 3468, Argentinien 2259, Endland 1872, Griechenland 449, Südslav. Länder 433, Schweden 392, Holland 326, Bulgarien 150, Belgien 96, Dänemark 71, Frankreich 57, Ägypten 26 Mk.

Die Spenden-Einnahmen des JNF vom 1. Januar bis 31. August 1917 betragen 1 055 305. Mk.

Feuilleton

Der „Schild Davids"

Über die eigentliche Bedeutung des Sinnbildes, das sich auf dem Siegelring des Königs Menelik, auch auf den Kriegfahnen der Abessinier, ja auf christlichen Denkmälern befindet, gehen die Meinungen sehr auseinander. Sicherlich hat es mit dem König David nichts zu tun. Bestimmte Kunde über den „Schild Davids" hat man erst aus der Zeit des baylonischen Exils. Auf babylonisch-persischen Einfluß führt auch Dr. A. Rosenzweig, jetzt Rabbiner an der Berliner jüdischen Gemeinde, das Entstehen dieses vielgedeuteten Sinnbildes zurück. Wie er in seinem Werke „Das Jahr-

hundert nach dem babylonischen Exile" ausführt, soll der „Schild Davids" dem Einspruch gegen den Parsismus seinen Ursprung verdanken. Mit Nachdruck wenden sich die prophetischen Schriften aus der Zeit des Exils gegen den Dualismus der persischen Religion; sie verwerfen die Trennung eines guten im Lichte sich darstellenden, und eines bösen, in der Finsternis verkörperten Prinzips. Darum heißt es auch Jesajas 45, 7: „Gott ist's, Jahve, er allein und keiner sonst; er ist's, der das Licht bildet und die Finsternis schafft, der Frieden macht und das Böse erschafft." Was hat nun das Sternensechseck mit der dualistischen Lehre des Parsismus zu tun? Zerlegt man es, so ergeben sich zwei Dreiecke, von denen jedes — denkt man es sich ausgefüllt — einen Keil darstellt. Der Keil galt bei den Persern als Zeichen der Einheit. Zerlegt stehen die beiden Einheiten, die beiden Prinzipe, sich feindselig gegenüber — das Sinnbild des Dualismus im Parsismus. Die Juden aber bekunden nach Rosenzweig ihren Einspruch gegen diesen Dualismus am deutlichsten dadurch, daß sie die beiden Keile ineinander gehen ließen, damit gleichsam andeutend, Gott der eine ist's, in dem die im Parsismus sich bekämpfenden Prinzipien sich in harmonischer Einheit darstellen.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Spendenbuch. Adolf Fleischer und Frau Rosa, geb. Saposchnik, anläßlich ihrer Vermählung 10 Mark.

Anzeigen-Echo

(In dieser Abteilung finden Voranzeigen der Vereine auch ausserhalb Münchens kostenlose Aufnahme.)

Nationaljüdischer Verband München. Dienstag, den 9. Oktober: Simchas-Thora-Feier. V. J. St. Lokal Bayerstr. 67/69. Beginn 8.30 Uhr.

Verein Bne-Jehuda. Samstag, 6. Oktober im Hotel Reichshof 8.30 Uhr Sukkoth-Unterhaltungsabend für Mitglieder und Freunde des Vereins.

Jüdischer Turn- und Sport-Verein München. Am Montag, den 8. Oktober d. J. beginnt wieder im gesamten Turnbetrieb der gewohnte Turnplan, der durch die Feiertage leider unliebsam abgeändert werden mußte. Das Herren- und Damen-Turnen findet jeden Montag abend von 8.15 bis 9.45 Uhr in den Turnhallen der Klenzeschule statt, das Turnen der ersten Mädchen-Abteilung (13—16 Jahre) ebenfalls in der Klenzeschule Montag 6—7.45 Uhr, das Turnen der zweiten Mädchen-Abteilung (6 bis 13 Jahre) in der Klenzeschule Mittwoch 6—7.45 Uhr, das Turnen der gesamten Knaben-Abteilung Montag 6—7.45 Uhr in der Kreisoberrealschule (Realgymnasium), Klenzestraße 54.

Der Turnrat.

Sport-Abteilung. Die Mitglieder der Abteilung haben Sonntag, den 7. Oktober d. J. pünktlich 9.30 Uhr auf der Jahnwiese (Wiedenmayerstraße 40) anzutreten. Training in Deutschball und Leichtathletik.

Die Sportleitung.

Jüdischer Turn- und Sport-Verein München. Alle Mädchen der Zöglings-Abteilung müssen Sonntag vormittag in die Bayerstraße 67/69 kommen, da dort Besprechung des Schauturnens und Neueinteilung der Turnstunden stattfindet.





Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, München, Von der Tannstr. 22; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München